



Gestern RAZZIA
Heute DEMO
Antifa & Solidarität

Mai 2021

KOOLANTOOL



KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.
Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15.

des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096

<https://kts-freiburg.org>

Bei politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen in der KTS



*"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."** [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet auf Nachfragen per Mail!

*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und immer Espresso gegen Spende.

Die OpenPGP-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-E-Mail-Adresse

Fingerprint

Autonome Demosanis Freiburg - a-demosanis-fr[at]riseup.net
0A8A A1B9 FC00 2B86 0F06 DC36 9E51 C17B 0ACE 1241

Autonome Antifa Freiburg - freiburg[at]autonome-antifa.org
2054 9447 8543 18A0 B3F4 7B3B A291 68F4 2AFF 0098

EkiB Freiburg - ekib[at]immerda.ch
6495 53FF EC64 7320 F534 FFDF 149E C711 751A 9FC5

Ermittlungsausschuss Freiburg - eafreiburg[at]linksunten.ch
0008 4410 F14F 7788 0411 6B0C D553 8D4E C7D3 0A53

Infoladen KTS - infoladen[at]kts-freiburg.org
46F9 6C50 BF0B C978 D099 12EB E631 A373 6C59 7ACC

Koraktor - koraktor[at]kts-freiburg.org
9057 C337 B8CE A9A5 33BF F537 8295 0B46 E87B 9BDD

VoKüfA - vokuefa [at] lists.immerda.ch
9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Webmaster KTS - webmaster[at]kts-freiburg.org
3023 FA54 9920 77C7 3D64 AB6F 1FE3 34FE BFFC 5514

Schlüssel unter zimmermann.mayfirst.org, Praxis unter kts-freiburg.org/pgp

KTS Freiburg erhält nach illegaler Razzia Asservate zurück

Vor dreieinhalb Jahren hat die Polizei eine Razzia in der KTS Freiburg gemacht. Morgens um halb sechs, am 25. August 2017, hat das Landeskriminalamt aus Stuttgart alle Räume der KTS durchsucht und mitgenommen, was wertvoll war. Unterlagen, Computer und Geld, richtig viel Geld. Türen wurden aufgebrochen, Tresore aus den Wänden gerissen, selbst Kaffeekassen geplündert. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat im Oktober 2020 festgestellt: Die Razzia war illegal. Im April 2021 wurden die beschlagnahmten Asservate und das Geld nun endlich herausgerückt.

Das Geld wurde nach der Razzia auf ein Konto der Bundeskasse in Trier eingezahlt. Mehr als dreißigtausend Euro sind viel Geld für ein Autonomes Zentrum, in dem alles so unkommerziell wie möglich ist. Statt Spenden für politische Projekte zu sammeln, musste die KTS erst einmal das Loch in der eigenen Tasche stopfen. Das ganze Geld wurde als angebliches „Vereinsvermögen“ der linksradikalen Nachrichtenseite linksunten.indymedia.org eingezogen. Natürlich gab es nie einen linksunten-Verein. Ein linksradikales Medienprojekt ist das Gegenteil deutscher Vereinsmeierei und die KTS ist sowas wie die Antithese eines Vereinsheims.

Die Computer wurden zur Entschlüsselung an eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Polizei und Geheimdienst übergeben. LKA, Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz haben sich gemeinsam drei Jahre die Zähne an einer stinknormalen Linux-Verschlüsselung ausgebissen. Am Tag der Razzia sollte das LKA dem VS beschlagnahmte Mitgliederlisten bringen, auf dass der Geheimdienst weitere Ziele benennen möge. Diese Arbeitsgruppe ist ein eklatanter Verstoß gegen das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten.

Die Unterlagen gingen an das Bundesamt für Verfassungsschutz nach Köln. Eben jene Behörde,

die mit Reinhold Kapteina laut Verfahrensakten einen Spitzel zu mehreren öffentlichen Treffen von Indymedia linksunten geschickt hatte: „Dem BfV liegt nachrichtendienstliches Informationsaufkommen (nd-Aufkommen) zum 12. Treffen von ‚linksunten.indymedia.org‘ vor, welches im Zeitraum vom 1. bis 3. Februar 2013 im ‚Kulturtreff in Selbstverwaltung‘ (KTS) in Freiburg/Breisgau stattfand.“ Der damalige VS-Chef Hans-Georg Maaßen ist seit November 2018 im einstweiligen Ruhestand, weil er die Nazihetzjagden in Chemnitz leugnete. Sein Bundesamt konnte über drei Jahre in unseren Unterlagen schnüffeln, obwohl die Beschaffung dieser Unterlagen illegal war.

Seit den Razzien gab es wieder mehrere Anwerbeversuche des Geheimdienstes im Umfeld der KTS. Wir finden es immer skandalös, wenn staatliche Behörden versuchen, Menschen zum Verrat zu verführen. Aber zu versuchen, Minderjährige als Spitzel anzuwerben, ist bemerkenswert niederträchtig. Und illegal ist es auch.

Nach einer Steilvorlage im baden-württembergischen Landesverfassungsschutzbericht nutzten das Innenministerium und die Badische Zeitung im Juni 2020 die damalige Razzia für einen politischen Angriff auf KTS und Antifa. Das CDU-Landesinnenministerium warb beim Freiburger Oberbürgermeister für ein Ende der Unterstützung der KTS und das gleiche versuchte die Badische Zeitung bei den Freiburger Gemeinderatsfraktionen zu erreichen. Allerdings ohne Erfolg, denn auch das liberale Freiburg weiß, wie wichtig ein Autonomes Zentrum im Kampf gegen Rechtsradikale und Reaktionäre ist.

KTS bleibt!

Communiqué vom 25.04.2021

[KTS Freiburg]

Hausdurchsuchungen in Freiburg

Die Cops klingelten in den beiden uns bekannten Fällen um 6:00 Uhr morgens an den Wohnungstüren der Betroffenen. Zuvor hatten sie sich Zugang in das Treppenhaus verschafft indem sie bei anderen Bewohner*innen klingelten.

Die Hausdurchsuchungen betrafen mindestens 2 Personen. Gegen eine dieser Personen wird als Beschuldigte*r ermittelt, die andere Person ist als Zeug*in betroffen. Die Hausdurchsuchungen standen in Zusammenhang mit den Protesten gegen die AFD Kundgebung in Lörrach am 21.02.2021.

Bei den beiden Durchsuchungen wurden Handys, Tablets, Laptops, Rechner und USB-Sticks beschlagnahmt.

Bist du auch von eine Hausdurchsuchung betroffen? Oder hast du Post von den Cops gekriegt? Dann melde dich gerne bei uns (gerne

verschlüsselt, eafreiburg (at) linksunten.ch).

Ansonsten raten wir euch herzlichst, bei euch zu Hause aufzuräumen und auf verschlüsselte Kommunikation mit kurzem Ablaufdatum zu setzen und eure Geräte mit starken (möglichst langen) Passwörtern zu verschlüsseln. Ladet euch einen VPN herunter und nutzt diesen. Vergesst nicht, euren Laptop Nachts auszumachen! Und denkt daran, dass es häufig im Zuge von Hausdurchsuchungen zu Telekommunikationsüberwachung kommen kann.

Zeigt euch solidarisch mit den Betroffenen* und mit euren politisch aktiven Freund*innen: vermeidet Spekulationen!

Finger weg von unseren Freund*innen!

[ea freiburg]

Die Gefährtin Lisa ist auf Bewährung aus dem Knast entlassen worden

Am 22. April 2021 auf Indymedia Barcelona veröffentlicht, die Übersetzung ist von uns.

Unsere Gefährtin Lisa wurde am 13. April 2016 verhaftet und inhaftiert, weil sie beschuldigt wurde, eine Bank in der deutschen Stadt Aachen ausgeraubt zu haben. Im Juni 2017 wurde sie zu 7 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem sie den ersten Teil der Strafe in Deutschland verbüßt hatte, wurde sie im Dezember 2018 nach Madrid und später nach Katalonien (in den Knast Brians I, bei Barcelona) wegen familiärer Wurzeln ausgeliefert. Im November 2019 wurde sie vom Staatsanwalt der Audiencia Nacional zum dritten Grad (offener Vollzug von Wad Ras, der Frauenknast in Barcelona) verlegt. Trotzdem wurde im Sommer 2020 der dritte Grad bestätigt.

Nach dreieinhalb Jahren im geschlossenen Regime und eineinhalb Jahren in der sogenannten „Halbfreiheit“ wurde ihr an diesem Montag, dem 19. April 2021, nach Verbüßung von 2/3 der Strafe, Bewährung gewährt, eine Maßnahme, die jederzeit widerrufen oder ausgesetzt werden kann, wenn die Behörden entscheiden, dass die Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Wir möchten all jenen danken, die in dieser Zeit ihre Solidarität und Unterstützung für die Gefährtin gezeigt haben, aber lasst uns nicht vergessen, dass, solange es Gefängnisse gibt, niemand frei sein wird.

Der Kampf geht weiter!

Kraft und Solidarität für alle, die innerhalb und außerhalb der Gefängnisse kämpfen!

[de.indymedia.org]

Knast und Corona – Ein Gespräch mit zwei vom Hamburger „Parkbank“-Verfahren betroffenen Anarchist*innen

Im Juli 2019 wurden nachts in einem Park in Hamburg drei Anarchist*innen festgenommen, denen im weiteren Verlauf von der Hamburger Staatsanwaltschaft die Verabredung zu mehreren Brandanschlägen anlässlich des Jahrestages der G20-Proteste vorgeworfen wurde. Zwei der drei Angeklagten saßen bis zum vorläufigen Prozessende am 5. November 2020 in Untersuchungshaft in der Haftanstalt Holstenglacis. Der Prozess vor dem Hamburger Landgericht endete mit Verurteilungen zu 19, 20 und 22 Monaten Haft. Nach der Urteilsverkündung durften die zwei von Untersuchungshaft Betroffenen den Knast vorerst verlassen, die Entscheidung über die Revision beim Bundesgerichtshof steht noch aus.

Anlässlich des 18. März 2021, dem Tag der politischen Gefangenen, führte die Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg ein Gespräch mit zwei der Angeklagten über das Thema Knast, Solidaritätsarbeit und Gerichtsverfahren in Zeiten von Corona. Die Betroffenen geben Einblicke in

den Umgang und Maßnahmen der Anstaltsleitung mit Corona, die Solidarität unter den Gefangenen, Fallstricke und Schwierigkeiten der pandemiebedingt eingeschränkten Möglichkeiten der Unterstützung und Solidarität sowie natürlich auch die eigenen Erfahrungen, von der Festnahme und Einlieferung bis zum Gerichtsverfahren.

Online hören: freie-radios.net/108393

Das Gespräch wurde am 25.03.21 mit Unterstützung des Freien Sender Kombinat Hamburg aufgenommen.

<https://rotehilfeshamburg.systemausfall.org/>
<https://parkbankprozess.blackblogs.org/>
<https://parkbanksolidarity.blackblogs.org/>

Im Gespräch angesprochene Webseiten:

<https://criminalsforfreedom.noblogs.org/>
<https://ggboberlin.blackblogs.org/>
<https://ggbo.de/>

[\[de.indymedia.org\]](https://de.indymedia.org/)

KTS # IMMER

Bei Bedarf: **RECHERCHE-UND MEDIENZIMMER(RUMZ)**

Montags **Ermittlungsausschuss (EA)**
19-20 Uhr Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen.

Dienstag **OFFENES ARTISTIKTREFFEN**
19 Uhr Jonglieren und Artistik im Café

Donnerstag **JIU-JITSU/**
19:30 Uhr **SELBSTVERTEIDIGUNG**
aktuelle Infos & Trainings-Ferien
siehe auch jiu-jitsu.xobor.de

Auf **INFOLADEN**
Nachfrage Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc.
Schreibt uns gerne an
[infoladen\[at\]kts-freiburg.org](mailto:infoladen[at]kts-freiburg.org)

Auf **UMSONSTLADEN**
Nachfrage Abgeben, Abholen, Mitnehmen.
Alles für Nix.

Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouten, uvm. Kein Problem, einfach Mail an [rumz\[at\]riseup.net](mailto:rumz[at]riseup.net) schreiben.

TONTECHNIK-WORKSHOP
Du hast Spaß an Technik und willst gerne lernen Konzerte abzumischen? Dann wendet euch an:
[tontech-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:tontech-ws[at]kts-freiburg.org)

OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT
Ab und zu offen, einfach ne Mail an [siebdruck\[at\]kts-freiburg.org](mailto:siebdruck[at]kts-freiburg.org) schreiben.

CRYPTO-WORKSHOP
Lernen deinen Rechner und E-Mails verschlüsseln, dabei noch anonym surfen?
Schreibt gerne an:
[crypto-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:crypto-ws[at]kts-freiburg.org)

LAYOUT-WORKSHOP
Du willst lernen mit Scribus zu layouten? Dann kontaktiere:
[koraktor\[at\]kts-freiburg.org](mailto:koraktor[at]kts-freiburg.org)

10 Jahre Urteil zur Sicherungsverwahrung

Am 04. Mai 2011 meldeten die Nachrichtenticker ein spektakuläres Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG): Die wesentlichen Regelungen zur Sicherungsverwahrung (SV) wurden für verfassungswidrig erklärt. Dem Gesetzgeber eine Frist bis 31. Mai 2013 gesetzt, neue Bestimmungen zu erlassen. Wie stellt sich aus Betroffenen­sicht die Situation heute dar?

ZUR GESCHICHTE DER SV

Mit dem „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ vom 24.11.1933 wurde von den Nationalsozialisten die SV in das Strafrecht aufgenommen. Seitdem können in Deutschland Menschen auch über die eigentlich zugemessene Freiheitsstrafe hinaus inhaftiert werden. Das Oberste Gericht der DDR verbot in den den 50er Jahren die Anwendung der Regelungen zur SV, da diese „faschistischen Ungeist“ atmen würden.

DIE VERSCHÄRFUNGEN 1998 – 2004

Noch unter der CDU/FDP-Koalition von Helmut Kohl wurde durch Gesetz vom 26.01.1998 die Zehnjahreshöchstfrist für die erstmalig angeordnete SV aufgehoben. Bis dato mussten Verwahrte zwingend nach 10 Jahren Vollzug der SV frei gelassen werden. Nunmehr konnte eine Verwahrung auch darüber hinaus erfolgen, und zwar nicht nur bei neu zu verurteilenden Personen, denn die Neuregelung galt unmittelbar auch für längst in SV einsitzende Menschen.

Im Jahr 2005 wurde auf Bundesebene auch ein Gesetz über die nachträgliche Verhängung der SV eingeführt, das erlaubte, bei Strafgefangenen erst während des laufenden Strafvollzuges die SV anzuordnen. Sollte sich, so die Begründung, nämlich erst während des Vollzugs der Freiheitsstrafe erweisen, dass ein Mensch „gefährlich“ für die Bevölkerung sein, wäre es unverständlich, einen solchen Menschen frei lassen zu müssen.

DIE RECHTLICHEN PROBLEME UND NACHFOLGENDEN RICHTSVERFAHREN

Weil die Regelungen gewissermaßen „rückwirkend“ galten, stellte sich schnell die Frage, wie die Verschärfungen mit Artikel 103 Absatz 2 Grundgesetz vereinbar sein sollen. Danach ist nämlich die nachträgliche Verlängerung von Strafen verboten (so genanntes Rückwirkungsverbot). Für jene Betroffenen, deren Urteil oft schon 15 oder mehr Jahre zurück lag, die sich 1998 in SV befanden, stellte sich nämlich die gesetzgeberische Entscheidung als eine Verlängerung der Haft auf unabsehbare Dauer hinaus dar. Das BVerfG machte sich die Sache eher einfach. Es entschied am 05.02.2004 (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2004/02/rs20040205_2bvr202901.html), dass kein Verfassungsverstoß vorliege, denn das Rückwirkungsverbot gelte nur für Strafen. Bei der SV handele es sich jedoch um eine präventive Maßnahme, ihr komme „kein (...) Strafcharakter“ zu, da sie „keine Reaktion auf die in der Anlasstat verwirkte Schuld“ darstelle.

Dem folgte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) nicht. Er stellte sechs Jahre später durch Urteil vom 17.12.2009 (und weiteren Urteilen in den Folgejahren) klar, dass die SV durchaus wie eine Strafe ausgestaltet sei und für sie das menschenrechtlich verankerte Rückwirkungsverbot gelte.

Hieran anknüpfend kamen einige Oberlandesgerichte, wie das in Karlsruhe, zu dem Ergebnis, eine über 10 Jahre hinaus dauernde Vollziehung der SV bei zur Einführung des entsprechenden Gesetzes 1998 schon Verurteilten, sei rechtswidrig, die Urteile des EGMR seien unmittelbar geltendes Recht und zu befolgen. Deshalb seien die Betroffenen frei zu lassen.

Andere Oberlandesgerichte, darunter Köln und Nürnberg, folgten dem nicht. Deren Ansicht nach hätten Urteile des EGMR keine Gesetzeskraft. Gültige Gesetze der BRD müssten befolgt werden, so auch die seit 1998 geltende Regelung zur Streichung der 10-Jahres-Grenze. In den dortigen

Bezirken wurden die Betroffenen nicht entlassen. Letztlich musste erneut das BVerfG entscheiden.

URTEIL DES BVERFG VOM 04. MAI 2011

Nach einer mündlichen Anhörung am 08. Februar 2011, bei welcher zahlreiche Sachverständige gehört wurden, kam der 2. Senat des BVerfG zu dem Schluss, die Regelungen würden nun doch die Verfassung verletzen (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2011/05/rs20110504_2bvr236509.html). Es urteilte, dass die meisten Regelungen zur SV verfassungswidrig seien. Eigentlich hätten die Betroffenen deshalb freigelassen werden müssen. Hierzu wollte sich die Mehrheit der acht RichterInnen nicht durchringen und legte eine Übergangsfrist von 2 Jahren fest, innerhalb derer eine Neuregelung zu schaffen sei.

Einerseits beharrte das BVerfG weiter darauf, dass auf die Regelungen der SV nicht das für Strafen geltende Rückwirkungsverbot anzuwenden sei und distanzierte sich insoweit deutlich von den Urteilen des EGMR, andererseits kam das Gericht nicht umhin zuzugestehen, dass der Vollzugsalltag in der SV weitestgehend von bloßer Verwahrung gekennzeichnet sei, welche nicht ansatzweise dem „Sonderopfer“ (so die Wortschöpfung des BVerfG) der Betroffenen gerecht werde, welche nämlich in einem Gefängnis leben müssen, wiewohl ihre Strafe längst verbüßt sei. Vorsorglich machte des BVerfG dem Gesetzgeber einige Vorgaben, wie künftig der Vollzug auszugestalten sei (zu den Details Absätze 111 ff in dem Urteil vom 04.05.2011).

REFORMEN ZUM 01. JUNI 2013

Tatsächlich setzten der Bund und die 16 Länder zum 01.06.2013 zahlreiche neue Regelungen in Kraft. Konnte zuvor SV bspw. auch wegen Betrugs oder wegen Einbrüchen verhängt werden, fielen diese Delikte vollständig aus dem Katalog der SV heraus. In der Regel darf die SV nur wegen schwerer Gewalt- oder Sexualtaten angeordnet, bzw. vollstreckt werden.

Mehrere Bundesländer, darunter Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, bauten für teilweise zweistellige Millionenbeträge neue Hafthäuser, in

welchen die Zellen nicht mehr über eine offene WC-Schüssel in der 8 m² kleinen Zelle, sondern einen abgetrennten Nassbereich, teilweise mit Dusche, verfügten, sowie einen Herd und sich die Größe auf über 20 m² fast verdreifachte. Auch die Hofareale wurden vergrößert, vor allem wurde das Personal aufgestockt. Konnte noch vor der Reform der damals für die Betreuung der Freiburger Verwahrten zuständige Sozialpädagoge Herr Görzel in einem Fachaufsatz, zusammen mit seinem Kollegen, berichten, sie gemeinsam hätten ½ Stelle für die Betreuung der Untergebrachten, also jeder der beiden ¼ Stelle, ist heute der Personalschlüssel bei ca. 1:16. Das bedeutet, ein/e Sozialarbeiter/in, bzw. Psychologe/in ist für rund 16 Untergebrachte zuständig (nur zum Vergleich: Im Strafvollzug sind Personalschlüssel von 1:90 und mehr üblich).

Angeboten werden Malthherapie, Bewegungstherapie, Einzel- und Gruppentherapien, sowie eine „milieutherapeutische“ Begleitung im Haftalltag.

PERSPEKTIVE VON UNTERGEBRACHTEN

Es gibt nicht nur die/den exemplarische/n Untergebrachte/n (wie es unter den fast 600 Sicherungsverwahrten fast nur Männer gibt. Aktuell werden in Frankfurt a. M. und in Schwäbisch Gmünd jeweils eine Frau verwahrt), deshalb finden sich unter den Betroffenen auch jene, die begrüßen, dass sich, manchmal erstmals in ihrem Leben ein ganzer Stab von Menschen um sie, ihre Sorgen, Nöte und Befindlichkeiten bekümmert.

Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich jedoch berichten, dass ein wohl wesentlich größerer Teil der Verwahrten ziemlich hoffnungs- und perspektivlos in die Zukunft blickt, zumindest was eine baldige Freilassung angeht. So befinden sich mittlerweile über 20 % der Freiburger Insassen über 10 Jahre in der SV, obwohl eigentlich die Vollstreckung über 10 Jahre hinaus die absolute Ausnahme bleiben sollte.

Den Rest des Textes kann man weiterlesen unter:
<http://www.freedom-for-thomas.de>

April 24 - Free Mumia Free Them All protest in Berlin



April 24, 2021 marked Mumia's 67th birthday. Mumia is seriously ill. On Monday of this week he had a heart surgery while being shackled to a hospital bed. Protestors demanded that he be treated accordingly to his ill health in a medical facility, not in prison and that the shackles be removed. Ultimately Mumia needs to be released on humanitarian grounds because he is too ill to be in prison any longer. Only a month ago he survived a Covid-19 infection and his body is very exhausted.

Yesterday, on April 24 approx. 200 people joined a protest for the freedom of Mumia Abu-Jamal in Berlin's borough of Neukölln. Anti-racist organisations like Death in Custody and Migrantifa or prisoner support organisations like Network for political prisoners, Gemeinschaftlicher Widerstand, Criminals For Freedom, Sabot, no129 or the Red Aid all expressed their support for Mumia and what his struggle means for themselves and that of others as well. VVN/BdA, an anti-fascist organisation founded by survivors of the Nazi death camps explained, why Mumia is an honorary member of their organisation. Neighbourhood organisations like Karstadt-Initiative, Syndikat or Deutsche Wohnen enteignen reported on various struggles against gentrification and what that means to the livelihood of poor people in Berlin. A Prisoner was heard on the inhuman conditions at JVA Moabit via recording. Another recording was played on Lina, who is persecuted in the German region of Saxony for her antifascist activities. Musicians like Turgay, Müllsch, Yok, Mila Morgenstern and Esels Alptraum contributed live music.

On the same day protests for Mumia's freedom took place in Philadelphia, Washington DC, the San Francisco/Oakland Bay Area, Mexico City, Cayenne (French Guyana), Paris, Vienna and London. Earlier this month people took the streets for Mumia in Hamburg, Frankfurt a.M. and Amsterdam.

Neighbours in Weisestr. where the Berlin protest took place decorated their windows with Free Mumia banners. An info stall provided postcards with which participants wrote get-well cards to Mumia. The petition to Philly's DA Larry Krasner was available online at the stall and many signed it.

An exhibition on the US modern version of slavery a.k.a. prison industry was available and towards the end some 50 protestors joined for a photo we will send to Mumia.

FREE MUMIA - Free Them ALL!

[de.indymedia.org]

Mehrere hundert Menschen demonstrieren gegen die LEA in Freiburg

Mehrere hundert Menschen folgten dem Aufruf der Kampagne „Grundrechte am Eingang abgeben“ und demonstrierten unter dem Motto „KEINE LAGER – KEINE LEA“ am gestrigen Samstag gegen die Landeserstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete und für selbstbestimmtes Wohnen in Freiburg.

Als im Jahr 2015 die BEA (Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung) in Freiburg ihren

Betrieb aufnimmt, freut sich die Stadtverwaltung: In Zukunft werden alle Geflüchtete in Freiburg zentral hier untergebracht und für die Stadtkasse entstehen keine Kosten. Diese werden vom Land getragen. Die aufwändige und nervige Unterbringung in menschenwürdigen, richtigen Wohnungen entfällt auch.

2018 wird aus der BEA eine LEA, eine sogenannte Landeserstaufnahmeeinrichtung. Das Gelände bleibt das selbe: Eingezäunt und mit Stacheldraht



„gesichert“. In der ersten Zeit war der Zaun zusätzlich von Nato-Draht gekrönt, ein Überbleibsel aus dem Jahr 2009, als das Gelände noch die Akademie der Polizei Baden-Württemberg beherbergte und der BAO Atlantik als Hauptbefehlsstelle der Bullen während des Natogipfels in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden diente.

Schnell wird deutlich unter welchen menschenunwürdigen und schikanösen

Zuständen die Geflüchteten in der LEA leben müssen. Eine zwölfseitige Hausordnung schreibt ihnen minutiös vor, was sie alles nicht dürfen. Privatsphäre (so können z. B. Zimmer nicht abgeschlossen werden, Zimmer-, Körper- und Taschenkontrollen sind jederzeit möglich), selbstbestimmte Ernährung, politische Weiterbildung, Alkohol, unangekündigter Besuch und vieles mehr sind in der LEA nicht vorgesehen. Die Einhaltung der Hausordnung wird durch einen

privaten Sicherheitsdienst überwacht. Gemeinsam mit Betroffenen organisierten verschiedene Freiburger Gruppen den Widerstand gegen die LEA. Neben Anfragen an das Regierungspräsidium, Infoveranstaltungen, Demos, Mahnwachen, einem Grundrechte-Booklet für die Betroffenen, Pressearbeit, einem Rechtsgutachten im Auftrag von LEA-Watch und Aktion Bleiberecht, einem offenen Brief, einer Normenkontrollklage gegen die Hausordnung klagen vier Geflüchtete gemeinsam mit der GFF, ProAsyl, Aktion Bleiberecht Freiburg und dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg gegen die Hausordnung der Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Baden-Württemberg/Freiburg. Inzwischen unterstützen über 50 Gruppen aus Freiburg die Kampagne und immer mehr Zeitungen berichten über die LEA.

So folgten am gestrigen Samstag mehrere hundert Menschen dem Aufruf zur Demo „KEINE LAGER – KEINE LEA“ der Kampagne „Grundrechte am Eingang abgeben“ und trafen sich zur Auftaktkundgebung auf dem Platz der alten Synagoge in Freiburg. Mit Abstand und Masken hörten die Menschen Reden von z. B. einem ehemaligen Bewohner der LEA und Black Lives Matter Freiburg (Facebook: blacklivesmatterfreiburg).

Der daraufhin folgende Demonstrationzug wurde von der Orga mithilfe von Absperrband in mehrere Blöcke unterteilt. Dies erinnerte die Teilnehmer*innen daran, dass sie nicht unnötigerweise im Demozug hin- und hergehen sollten. Auch diese Maßnahme zeigte, dass sowohl die Orga wie auch die Teilnehmer*innen Corona ernst nahmen und sie zeigte, dass wir dennoch – trotz Corona – auf die Straßen gehen können, um uns für eine andere Welt einzusetzen.

Die Demo zog bei schönstem Wetter kreuz und

quer durch Freiburg, begleitet von mindesten zwei Trommelgruppen (habe ich schon jemals eine Demo in Freiburg ohne erlebt? ;)), Lautdurchsagen, Musik, Sprechchören, Transparenten und Schildern, um dann letztendlich vor der LEA anzukommen. Hier wurden nochmal diverse Reden von z. B. Solidarity City und einer evangelischen Pfarrerin gehalten. Letztere schilderte ihre Eindrücke aus persönlichen Gesprächen mit Bewohner*innen der LEA und machte damit das große Leid dort deutlich. Beim Open Mike sprach ein derzeitiger Bewohner über seine Erfahrungen unter den menschenunwürdigen Umständen in der LEA – er benutzte mehrmals den Begriff „Prison“, Gefängnis.

In allen Redebeiträgen wurde deutlich, dass es hier nicht um Forderungen wie besseres Essen (und das Essen in der LEA ist grauenhaft) oder tollereres W-Lan geht. Es geht ganz einfach darum, die LEA abzuschaffen. Es geht darum, jedes Lager zu schließen und die Menschen, die – egal warum – zu uns kommen, menschenwürdig zu behandeln. Und das geht eben nicht in zentralen Lagern, die mit Stacheldraht umgeben sind und von grimmigen Mächtegebullen bewacht werden. Das geht nicht, indem Menschen entmündigt werden und ihnen jede Hoffnung auf ein besseres Leben geraubt wird. Das geht nur, indem wir ihnen die gleichen Rechte zugestehen, die Menschen mit deutschem Pass auch haben.

Ausführliche Infos zur LEA und der Kampagne findet ihr auf grundrechte-am-eingang-abgeben.de.

**KEINE LAGER NIRGENDWO.
GLEICHE RECHTE FÜR ALLE.
REFUGEEES WELCOME.**

[barrikade.info]

25 Jahre Tag des kleinbäuerlichen Widerstands

Dies ist schon der zweite "Tag des kleinbäuerlichen Widerstands" in der Pandemie - umso lauter die Forderung an die ganze Welt - widerständige

Kleinbäuer*innen, Kleingärtner*innen, Wald und Feldbesetzer*innen, Hirt*innen,...es braucht euch.. ! Die Krise zeigt deutlich, wie wichtig Ernährungssouveränität für ein gutes Leben für Alle ist! #17April2021 #PeasantRightsNow

Am 17. April jährt sich das Massaker von Eldorado do Carajás (Brasilien) zum 25. Mal. Damals wurden 19 Aktivisten der brasilianischen Landlosenbewegung (MST) durch die brasilianische Polizei ermordet. Seitdem wird der Tag transnational als Tag des bäuerlichen Widerstands begangen.

Ebenfalls seit 25 Jahren kämpft La Via Campesina unter anderem, die transnationale Dachorganisation der Kleinbäuer*innen, Fischer*innen und Hirt*innen für die Verbreitung und Umsetzung des Konzeptes der Ernährungssouveränität. Die Bevölkerungen aller Regionen sollen das Recht haben, selbst über ihr eigenes Ernährungssystem zu bestimmen.

In Anbetracht dessen, dass 70% der weltweiten Nahrungsmittel in kleinbäuerlicher Landwirtschaft produziert werden ist es wichtig, diese Strukturen zu schützen. Kleinbäuerliche Landwirtschaft braucht gesicherten langfristigen Zugang zu Land und Saatgut, denn nur so können nachhaltige und gesunde Lebensmittel für die Bevölkerung produziert und Verantwortung für Luft, Wasser, Böden und Landschaft übernommen werden. Doch die Agrarpolitiken der Industrienationen, Investor*innen sowie transnational agierende mächtige Agrarkonzerne gefährden weltweit Kleinbäuer*innen in ihrer Existenz. Aber es regt sich auch weltweit Widerstand, schon seit vielen Jahren.

FREIBURG:

In Verbundenheit mit den weltweiten kleinbäuerlichen Kämpfen hatte am Samstag, den 17. April 2021 eine Fahrraddemo durch Freiburg stattgefunden, um diese Bewegungen sichtbar zu machen und auf kleinbäuerliche Alternativen für Ernährungssouveränität in und um Freiburg aufmerksam zu machen. Berichtet wurden über die bäuerlichen Realitäten der Kurd*innen in Rojava unter andauerndem Krieg und Embargo. Wir hörten Stimmen aus Chile und Brasilien zur Situation von landlosen Arbeiter*innen in der industriellen Landwirtschaft und dem Zugang zu Land der indigenen Bevölkerung. In Frankreich ist der bäuerliche Widerstand gegen das geplante Atommüllendlager in Bure harten staatlichen Repressionen ausgesetzt. Und in Indien formierte sich im vergangenen Herbst die größte bäuerliche Protestbewegung der letzten Jahrzehnte: hunderttausende Bäuer*innen stellten sich gegen eine weitere bäuerliche Existenzen substanziell gefährdende neoliberale Agrarreform. Ein Keim der Hoffnung kommt aus Mexiko: Europa um einige Schritte voraus, realisieren die Zapatista in Chiapas bereits seit Jahren eine selbstbestimmte, souveräne

und kleinbäuerliche Landwirtschaft. Doch auch dort kämpfen Bäuer*innen weiterhin gegen agrarindustrielle Interessen und staatliche Repressionen.

UND WAS PASSIERT EIGENTLICH IN FREIBURG?

Wieso dulden wir die Ausbeutung und Entrechtung der migrantischen Saisonarbeitskräfte, die nun wieder in den Folienwüsten vor Freiburgs Toren Spargel stechen und Erdbeeren ernten? Wie können wir Ernährungssouveränität in und um die greencity Freiburg FÜR ALLE realisieren, ohne dass bio, fair und gesund ein Klassenprivileg bleibt und welche internationalen Kämpfe brauchen dringend unseren Support?

<https://www.stadtwandler.org/de/organisations/gartencoop-freiburg>

Masken und Corona-Mindestabstand wurden eingehalten.

GENF:

Jedes Jahr findet die Begegnungsallemende statt: Infos zu diesem Jahr unter:

<https://b-allmend.ch/site/>

Podiumsdiskussion:Arbeitskraft in Krisenzeiten:

**WANN? 06.MAI, 19-21.00 UHR
WO?**

[viacampesina.at/termine](https://www.viacampesina.at/termine)

https://www.viacampesina.at/Veranstaltung/nyeleni-fruehjahrstreffen-8mai21/?instance_id=681

Durch die Coronakrise ist deutlich geworden, dass unumgängliche Arbeitsbereiche wie Landwirtschaft und Pflege völlig unterbezahlt und ausgebeutet sind und die Arbeit vielfach von Migrant*innen geleistet wird. Doch wie steht es in Krisenzeiten um Rechte und Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Pflege? Wie können Rechte von Kleinbäuer*innen durchgesetzt werden? Wie haben sich Grenzen in Europa durch die Coronakrise verschoben und wo bleibt der Solidaritätsgedanke

DISKUSSION MIT:

» Cordula Fötsch von Sezonieri - Kampagne für die Rechte für Erntearbeiter*innen

» Flavia Matei von Drept - Gerechtigkeit für die 24h-Personenbetreuung

» Attila Szocs von EcoRuralis (Rumänien)

» Maria Vogt Bäuer*in von ÖBV Via Campesina

MITMACH MARKT:

In Europa und New York entstehen gerade immer mehr "Mitmach Märkte", ein Versuch gutes gesundes Essen für Alle, zugänglich zu machen.

<https://www.mila.wien/en/>

<https://superquinquin.fr/notre-supermarche/>

<https://www.foodcoop.com/>

<https://cooplalouve.fr/>

weitere links auf <https://reclaimthefields.org/>

<https://viacampesina.org/en/event/twenty-five-years-of-peasants-struggles-in-bringing-food-sovereignty-to-reality/>

<https://viacampesina.org/en/food-sovereignty-and-solidarity-a-historic-moment-to-advance-our-peasant-struggles/>

[barrikade.info]

Interview mit einem Menschen von food not bombs myanmar (en)

Wir freuen uns, dass wir die Möglichkeit hatten ein Interview mit einem Menschen von food not bombs - myanmar zu machen. Im Interview sprachen wir darüber, wie food not bombs in myanmar organisiert ist und über die aktuelle Situation nach dem Militärputsch.

We are glad that we had the opportunity to make an interview with a comrade from food not bombs based in myanmar. we talked with him about their organization and the current situation after the military coup.

Ihr findet das interview (in englischer Sprache)

hier / you can find the interview here :

<https://frequenza.noblogs.org/post/2021/04/18/interview-food-not-bombs-myanmar/>



Programm, Statement und Begleitzeitung der Tour décolonial 30.4.–13.5.21

Am Freitag 30. April beginnt die zweiwöchige «Tour décolonial» mit der Auftaktveranstaltung «A luta continua!» Die Diskussion wird live gestreamt und per Zoom kann interaktiv teilgenommen werden.

Mit der 21. Ausgabe der Tour de Lorraine wollen wir dazu beitragen, die Kontinuitäten von Kolonialismus und Rassismus aufzuzeigen, und deren Folgen bis heute beleuchten. Vom 30. April – 13. Mai gibt es diverse Workshops, Vorträge, Filme und künstlerische Darbietungen. Das ganze Programm, Anmeldung und aktuelle Informationen findest du unter tourdelorraine.ch.

Vor dem Hintergrund der globalen neoliberalen Pandemiebekämpfung sah das Orgakollektiv der Tour décolonial die Mitte März beschlossene Lockerung der Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus äusserst kritisch. Lange Diskussionen im Kollektiv führten zu einem differenzierten Entscheid bezüglich der Durchführung der Tour. Im folgenden Statement möchten wir unsere Gedanken und Diskussionen teilen.

Statement des Organisationskollektivs der Tour de Lorraine zur Durchführung der Tour décolonial in Zeiten der neoliberalen Pandemiebekämpfung

Am 14.4.2021 hat der Bundesrat trotz hoher und vielerorts steigender Covid-Fallzahlen entschieden, die bisher getroffenen Massnahmen zu lockern. Veranstaltungen mit bis zu 50 Menschen drinnen und 100 Menschen draussen sind wieder erlaubt, was eine Durchführung der Tour décolonial mit Publikum in angepasstem Rahmen zulässt. Die Lockerungen haben bei uns zu grossen Diskussionen geführt und zur Feststellung, dass das Veranstanen von Kulturevents und Workshops zum jetzigen Zeitpunkt zu einigen unauflösbaren Widersprüchen führt, auf die wir hier kurz eingehen wollen.

Die Pandemie fordert global gesehen die Leberer, welche durch die weltweiten Machtstrukturen am verletzlichsten sind. Wenn wir versuchen, uns einer dekolonialen Perspektive anzunähern, können wir die Augen nicht vor diesen brutalen Tatsachen verschliessen. Die Pandemie trifft jene Körper und Gemeinschaften am meisten, die bereits wirtschaftlich enteignet, strukturell diskriminiert, politisch verfolgt und entrechtet sind. Meist, aber nicht ausschliesslich sind es Menschen im und aus dem Globalen Süden. Beispielsweise klagen in Brasilien zivilgesellschaftliche Bewegungen und öffentliche Personen, dass während der Pandemie ein Genozid stattfindet. Es ist folglich nicht einfach nur das Virus, welches diese Leben fordert, sondern es sind jene Machtstrukturen, die im Zuge des kolonialen Projektes, der Globalisierung und neoliberalen Wirtschaftsparadigmen entstanden sind. Wenn wir zu diesem Zeitpunkt in der Schweiz Events mit Publikum durchführen, müssen wir dies im Bewusstsein dieser Realitäten und in Verbindung mit ihnen tun; dass wir die Möglichkeit haben, jetzt Veranstaltungen durchzuführen, ist auch Ausdruck unserer Position im kolonialen Projekt und der damit verknüpften Privilegien.

Die Lockerungen in der Schweiz lassen sich nur mit dem globalen Kontext zusammendenken. Wir sehen die Position der Schweizer Regierung als äusserst problematisch. Trotz hoher Fallzahlen die Schutzmassnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie zu lockern, ist Teil einer neoliberalen Logik, die Individuen verantwortlich macht und nicht die Institutionen, die das Kollektiv unterstützen sollten. Die Lockerungen werden mit der Impfstrategie begründet, die jedoch ebenfalls

nur aufgrund der globalen Machtverhältnisse so bestehen kann. Länder aus dem Globalen Norden können massiv Impfstoffe horten während sie die Aufhebung der Patente für die Impfstoffe verhindern und sich einen exklusiven Zugang zu diesen sichern. Eine globale neoliberale Wirtschaft, welche diese Verhältnisse erst hervorgebracht hat, soll durch den Tod und die Schäden jener gerettet werden, die bereits ausgebeutet werden. So missbraucht die Regierung die Verletzlichkeit von Menschen, die sich in einer Situation emotionaler und finanzieller Unsicherheit befinden, und setzt sie der Ansteckung aus, ohne die emotionale und materielle Verantwortung zu übernehmen, die der Staat übernehmen sollte.

Gleichzeitig ist die Situation für viele Kulturschaffende und in der Gastronomie tätige Menschen sowohl psychisch wie auch ökonomisch extrem belastend bis existenziell bedrohend. Die versprochenen Gelder des Staates zu bekommen, stellt sich für viele als ein extrem langer, mühseliger und teilweise unsicherer Prozess dar, der mit unzähligen bürokratischen Hürden verbunden ist.

Wir sehen ein, dass es widersprüchliche Bedürfnisse und Realitäten gibt. Deshalb müssen wir uns eingestehen, dass es unmöglich ist, in dieser Situation in jeder Hinsicht ethisch vertretbar und kohärent zu handeln. Unsere Haltung ist, dass wir keine Entscheidung über die Köpfe der Veranstalter*innen und Künstler*innen hinweg treffen wollen.

Nach langen Diskussionen haben wir uns deshalb für Folgendes entschieden:

Die Tour décolonial findet meist online, teils aber auch auch vor Ort oder hybrid statt, wobei die Entscheidung über die Art der Durchführung jeweils gemeinsam mit den Veranstaltenden getroffen wird.

Wir bitten alle Menschen, die an einer Veranstaltung vor Ort teilnehmen möchten, nach Möglichkeit einen Schnelltest zu machen und sich unbedingt ans Schutzkonzept zu halten.

Mit solidarischen Grüßen die Tour décolonial
26.4.2021

[barrikade.info]

TOUR D'ÉCOLOGIA KÖPFE UND HERZEN DEKOLONISIEREN



WORKSHOPS
TANZTHEATER
LESUNGEN
FILME
AUSSTELLUNG
PODIUMSDISKUSSION

30. APRIL – 13. MAI 2021 IN BERN

TOUR DE LORRAINE

WEGEN COVID DIESES JAHR OHNE PARTY
WENN NICHT ANDERS MÖGLICH, WERDEN DIE
VERANSTALTUNGEN ONLINE DURCHGEFÜHRT

WWW.TOURDELORRAINE.CH



Keine Räumung vom Wiesencamp!

Am vergangenen Freitag, den 16. April, kam das Verwaltungsgericht Aachen zu der Entscheidung, dass eine Räumungsverfügung des Kreises Düren gegen das Wiesencamp rechtmäßig sei. Was für eine Überraschung.

In vielen Onlinezeitungen wird jetzt darüber berichtet, dass das Wiesencamp geräumt werden muss. Müssten tut hier erstmal niemand irgendwas. Richter*innen, Bullen & Secus gehen jeden Tag völlig freiwillig zur Arbeit und konstruieren diese ganzen Sachzwänge, mit der sie diese Scheiße rechtfertigen. Dabei behaupten sie oft genug das auch noch gerne zu tun. Wenn dann in der Springerpresse der Artikel auch noch mit den Überresten eines abgebrannten Baumhauses bebildert wird, ist die Dramatisierung perfekt.

Fakt ist: Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und zunächst wird hier nichts geräumt.

Berufen wird sich dabei auf das Verbot von Bauten im Außenbereich. Der Sinn dieses Verbots ist eine „Zersiedlung der Außenbereiche“ zu vermeiden. Sprich: Es ist nicht erlaubt, selbst wenn die*der Eigentümer*in sich nicht daran stört, etwas auf eine Wiese zu bauen. Es könnte sich ja wer an der Optik stören, weil nicht alles „schön“ und nach Norm auf einen Haufen gebaut wurde.

Wie immer dient das Baurecht als Vorwand für eine Räumung. Die Beseitigung der Bauten auf dem Wiesencamp bedeutet zeitgleich faktisch die Auflösung der Versammlung. Dort wohnen Menschen die vertrieben werden müssten. Für eine Beantragung der Auflösung der Versammlung wäre rechtlich nicht das Bauamt, sondern die Kreispolizeibehörde zuständig. Diese ist in dieser Hinsicht bisher nicht tätig geworden.

Geprüft wurde während des Prozesses auch, ob sich die Wiese auf die Versammlungsfreiheit berufen könne. Dies sei nicht möglich, da es sich nicht um eine „friedliche Versammlung ohne Waffen“ handle. Die Begründung dafür ist so besorgniserregend und typisch wie immer.

Was in Deutschland eine Waffe darstellt ist in der

Vergangenheit genügend diskutiert worden. Ohne „Waffen“ zu leben scheint nicht möglich, reichten in der Vergangenheit doch schon Schraubenzieher oder Klobürsten aus. Zu erwähnen ist an dieser Stelle auch die Beschlagnahmung von Feuerlöschern im Dürresommer 2018 oder die von Desinfektionsmittel während einer Pandemie. Beides hier passiert.

Dazu kommen die Angriffe auf Strukturen am Waldrand, die quasi jedes Wochenende stattfinden und denen bereits die Mahnwache zum Opfer fiel. Dass Staat und Bullerei kein Interesse daran haben diese zu unterbinden ist klar – genauso wie sie kein Interesse daran gezeigt haben den Brand der Mahnwache aufzuklären. Obwohl kurz zuvor sogar im Internet der Aufruf kursierte die Mahnwache anzuzünden. Menschen bleibt also keine andere Wahl als sich zu schützen.

Außerdem ins Feld geführt werden 365 Strafanzeigen zu denen es gekommen sei. Den Charakter einer Versammlung anhand von gestellten Strafanzeigen zu bestimmen ist lächerlich. Leider ist für uns, während wir diesen Beitrag schreiben, die Statistik aus April 2021 auf die sich das Gericht beruft nicht auffindbar. Deshalb kann es nur bei einer generellen Kritik an der Methodik bleiben.

Eine gestellte Strafanzeige ist kein Urteil und bedeutet, dass irgendwer sich irgendwie in seinen*ihren Rechten verletzt gefühlt hat. Vor dem Hintergrund, dass sich Secus auch gerne mal Steinwürfe ausdenken und Anzeigen wegen Kratzern im Lack stellen, nachdem sie versucht haben Leute zu überfahren, ist es nicht schwer sich auszumalen wie eine solche Zahl zustande kommt.

Ohnehin bleibt die Frage welche Strafanzeige jetzt der Besetzung im Wald, der Wiese oder anderen walddahen Strukturen wie zugerechnet wird. Denn klar ist: Solange es keine ermittelten Täter*innen gibt und die Bullen nicht wissen wo die Person zu dem Zeitpunkt gewohnt hat besteht gar keine Möglichkeit irgendwelche Strafanzeigen irgendwem zuzurechnen. Nach dieser Logik wird allen Leuten, die sich im räumlichen Umfeld des Waldes aufhalten, aufgetragen alle Ereignisse zu

verhindern, die eine Strafanzeige zur Folge haben könnten. Ansonsten könnte nämlich jede Versammlung dessen bezichtigt werden, dass in ihrem räumlichen Umfeld Strafanzeigen gestellt worden sind und damit verboten werden.

Insgesamt war natürlich nichts anderes zu erwarten. Trotzdem ist es frustrierend, dass die Argumentation des Gerichts und die Zahlen der Bullen ohne Einordnung übernommen worden sind – wie leider fast immer.

Dennoch ist davon auszugehen, dass in nächster Zeit eine Räumung des Wiesencamps ansteht und Leute in diesen Zeiten aus ihrem zu Hause vertrieben werden.

Ihr möchtet helfen?

Bleibt auf dem Laufenden, zeigt euch solidarisch, führt Aktionen durch, kommt vorbei und helft diese Räumung kurz vor der Bundestagswahl erneut zu einem Desaster für NRW zu machen.

—

Wie immer spiegelt der Inhalt dieses Textes nur die Meinung von Einzelpersonen wieder. Es soll nicht der Anschein erweckt werden, dass wir für andere Menschen oder gar „für die Besetzung“ sprechen.

[<http://www.hambacherforst.org>]

[KeineA14] Moni Bleibt - Neue Waldbesetzung gegen Autobahnausbau

In der Altmark, die Teil des größten noch autobahnfreien Raumes Deutschlands ist, soll die A14 fertig gebaut werden. Dafür soll durch den Seehausener Forst eine Schneise geschlagen werden.

A new highway, the A14, is meant to be built in the Altmark, a part of Germany's largest highway-free area. The highway track will cut through the Seehausener forest.

Rodung des Waldes und den Bau der Autobahn verhindern.

Dabei geht es uns um mehr, als nur eine Verkehrswende. Wir wollen keinen grünen Kapitalismus, der weiterhin auf die Vernichtung von Lebensräumen und Ausbeutung von Lebewesen und Natur, insbesondere im globalen Süden, setzt. Solange dieses koloniale und patriarchale System existiert, werden wir auf die Bäume klettern und Wälder besetzen, um zerstörerische Großbauprojekte wie die A14 zu verhindern.

Der Seehausener Forst ist besetzt!

In Zeiten der globalen Klimakrise ist es nicht tragbar, dass der Staat weiterhin auf zerstörerische Automobil Infrastruktur setzt.

Wir wollen nicht, dass ein weiterer Wald für eine weitere scheiss Autobahn platt gemacht wird. Während die Industrie und Wirtschaft profitieren, werden Umwelt und Lebensräume aller Lebewesen zerstört.

Da die Regierung offensichtlich die Bedürfnisse von Menschen, Tieren und der Natur ignoriert, wollen wir die



Wir sind nur ein Teil des Widerstandes und solidarisch mit allen Menschen die mit allen Methoden gegen alle Autobahnen und das dahinter stehende System kämpfen.

Wir sind solidarisch mit allen, die gegen Unterdrückung und die Zerstörung kämpfen.

Wir wollen einen Freiraum schaffen, in welchem wir anstreben unterdrückende Denkmuster und

Verhaltensweisen zu reflektieren und zu verlernen, wo alle vorbeikommen und sein können, und die Besetzung unterstützen können.

Keine Machos. Keine Faschos. Keine Cops.

Für eine Welt ohne Hierarchien. Für Selbstbestimmung. Für ein gutes Leben für alle.

MONI BLEIBT!

Pressemitteilung zur drohenden Räumung der Potse am 19.05.2021

Am 19.05.2021 um 8 Uhr morgens soll die Räumung des selbstverwalteten Jugendzentrums Potse vollzogen werden. Nachdem am 14.09.2020 endgültig das Räumungsurteil gegen den Potse e.V. beschlossen wurde, haben wir nun einen Termin bekommen. Damit soll eines der ältesten Jugendzentren Berlins geräumt werden. Das ist das Ergebnis einer komplett fehlgeschlagenen Jugendpolitik und ein Armutszeugnis für Rot-Rot-Grün.

Seit 2015 sind wir existenzbedroht. Nach jahrelangem Kampf hat der Senat nun einmal mehr bewiesen, dass der Erhalt alternativer (Jugend-)Kultur dem kompromisslosen Profitbestreben untergeordnet wird, von welchem unter anderem Investor*innen und Briefkastenfirmen profitieren. Mit der Räumung des queerfeministischen Hausprojekts Liebig 34, den Kiezkeipen Syndikat und Meuterei, dem Verlust der Räume des Drugstores und schließlich der Potse wird die soziale Infrastruktur der Stadt immer weiter zersetzt.

Des Weiteren ist die Räumung eines Jugendzentrums innerhalb einer globalen Pandemie ein jugendpolitisches Desaster.

„Um eine weitere Eskalation der Gewalt zu vermeiden, fordern wir, die Räumung auszusetzen, bis es adäquate Ersatzräume gibt“

- Paul vom Potse Kollektiv

50%) ihres Monatsgehalts für Miete ausgeben müssen und hoffnungserweckende Gesetze wie der Mietendeckel gekippt werden, braucht es um so dringender unkommerzielle Räume.

„Mit dieser Räumung wird mir das Wohnzimmer genommen. Der letzte Ort an dem ich so akzeptiert werde wie ich bin.“

- Roza, Besucher*in

Das Kollektiv ist traurig und wütend über diese Entwicklung.

Doch wir halten weiterhin an unserer Forderung fest, die Potse erst zu verlassen, wenn uns und dem Drugstore adäquate Ersatzräumlichkeiten geboten werden.

Wir verurteilen das gewaltsame Vorgehen des Bezirks und der Stadt gegen Jugendliche und die selbstverwaltete Jugendarbeit im Allgemeinen.

Wir fordern die Aussetzung der bevorstehenden Räumungen und mehr Initiative um subkulturelle und emanzipatorische Jugendeinrichtungen zu erhalten.

Die Pressesprecher*innen der Potse

Pressekontakte:

Email: presse.drugstore.potse@online.de

Handy: 0157 5492 3232

[<http://gentrifidingsbums.blogspot.de/>]

In Zeiten, in denen Menschen mehr als 1/3 (30-

Erste Einschätzung zur Meuterei-Räumung

Es sind nun über zwei Wochen vergangen seit uns unsere Räume entrissen wurden und ehrlich gesagt sind wir gerade erst am Anfang, diese und auch die Zeit davor zu verarbeiten. Wir wollen hier zumindest eine Ersteinschätzung unsererseits zur Räumung mit euch teilen. Davor möchten wir aber vor allem erst mal Danke sagen. Danke für all die Aktionen, Demos, Kundgebungen und Transpis. Aber auch all die Unterstützung in den vergangenen Jahren, in denen wir versucht haben den Raum der Meuterei zusammen zu einem Ort zumachen, der uns unsere Utopien ein wenig näher bringt.

DEZENTRALES KONZEPT

Wir haben als Meuterei zu dezentralen Aktionen aufgerufen. Die Bullen versuchen unsere Proteste klein zu halten und unsichtbar zu machen, indem sie rote Zonen einrichten. Durch solche Zonen wird der Protest gegen Räumungen Vorort komplett unmöglich gemacht bzw. durch dieses martialische Aufgebot so gelenkt wie es ihnen passt, in unserem Fall auf Unmutsbekundungen in Sicht- und Hörweite. Diese angewandten Methoden, die Abriegelung von Stadtvierteln, Aufenthaltsverbote, Ausweiskontrollen an Ein- und Ausgängen, sind nicht ursprüngliche Instrumente der Amtshilfe, sondern viel mehr die der Aufstandsbekämpfung. Das ist erschreckend, jedoch angesichts einer immer wiederkehrenden Bürgerkriegsrhetorik gegen linksradikale Proteste nicht weiter verwunderlich. Diese Rote Zone war abzusehen, nicht nur wegen der Räumungen von Syndikat und Liebig34, sondern bei der Räumung der Ohlauer Schule wurde dieser Kiez schon mal, damals für mehrere Wochen, abgeriegelt. Politik und Bullenführung versuchen Proteste so physisch auf eine kleine Fläche zu bringen und auf der Metaebene durch Schlagzeilen wie „Kreuzberg im Ausnahmezustand“ lokal festzulegen. So ist es schwieriger zu vermitteln, dass eine Räumung hier nur beispielhaft für ein System von Zwangsräumungen überall ist.

Angesichts dessen wollten wir, dass die Menschen sich ihre Handlungsfähigkeit zurückholen, in dem sie sich nicht um die Absperrungen herum

versammeln, sondern an den Orten, die sie für sich entscheiden. Deshalb haben wir dazu aufgerufen, an möglichst vielen Orten der Stadt (und darüber hinaus) zusammen zu kommen, um unsere Kämpfe sichtbar zu machen.

Vielen von euch haben sich diesem Aufruf angeschlossen, sowohl am Tag der Räumung, aber auch durch verschiedenste Aktionen im Vorfeld und danach. Wir finden das Konzept ist ganz gut aufgegangen, sehen aber immer noch Ausbaufähigkeit. Wir sollten mehr neue Konzepte erarbeiten und erproben, um zu sehen, welche Wege wir einschlagen können um widerständig zu sein und uns nicht steuern zu lassen. Mit statischen Strategien versuchen die Cops uns kontrollierbar zu machen, daher müssen wir durch Flexibilität, Spontaneität und dezentrales Vorgehen weiter unkontrollierbar bleiben.

Wir haben die Tage nach der Räumung immer wieder von Aktionen gehört, haben Mails oder Bilder zugeschickt bekommen. Das hatte den schönen Effekt, dass wir gerade in den schweren Tagen nach der Räumung trotzdem immer wieder Momente hatten, in denen wir eure Solidarität spüren konnten. Leider sind viele Aktionen nicht bei uns angekommen, was unserer Meinung auch daran lag, dass de.indymedia.org leider immer wieder down war. Es gibt zwar die Plattform kontrapolis.info, allerdings wird sie noch nicht so häufig benutzt. Auch jenseits dieser Plattformen sollten wir vielleicht schauen, welche Kanäle wir nutzen können, um unsere Kämpfe sichtbarer zu machen.

Aber es gab auch einiges an Berichterstattung über die Meuterei über diese Internetplattformen hinaus. Danke dafür an die solidarischen Medienmacher*innen, die uns dabei geholfen haben unsere Standpunkte einer breiteren Masse zu erklären.

Einige der größeren Medien scheinen allerdings das Konzept von dezentralen Aktionen nicht so recht verstanden zu haben und wollten den erfolgreichen Kampf um Räume daran bemessen, was für "spektakuläre" Bilder vor Ort erzeugt

wurden. Ist natürlich einfacher, irgendwo rumzustehen und dass dann als Zusammenfassung der Proteste zu präsentieren. Aber Menschenmassen an den Absperrungen war nun mal nicht unser Ziel. Was nicht heißt, dass es den Kollektivistas in der Meuterei nicht Mut gemacht und Kraft gegeben hat, euch in der Meuterei zu hören und euch zu sehen als sie aus den Räumen geführt wurden.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir die Tatsache, dass die Bullen wiederum Nazis und deren Presse Zutritt zu linken Räumen verschafft haben. Bullen und Nazis mal wieder Hand in Hand.

Wir glauben, wir müssen unsere Handlungsspielräume weiter erproben. Konzepte können diskutiert und ausgebaut werden. Wir sind trotzdem beeindruckt davon, wie viele von euch unserem Aufruf gefolgt sind und sind dankbar dafür, dass so viele Menschen selbstständig unserem Motto: „Räumung in unserem Kiez? Widerstand in der ganzen Stadt!“ nachgekommen sind. Inwieweit dieses Konzept geeignet ist die Bullenstrategie aufzubrechen sollte weiterhin Diskussionspunkt in unseren linken Strukturen bleiben. Wir hoffen dies bald auch wieder in größerer Runde diskutieren zu können.

Vielen Dank auch an die Interkiezionale und die Abenddemo. Es war ein richtig gutes Gefühl, nach den letzten Wochen und dem Räumungstag, wo viele Aktionen dezentral stattgefunden haben, gemeinsam auf die Straße zu gehen und unserer Wut Ausdruck zu verleihen.

Wir würden uns über eine weitergehende Diskussion über das Konzept sehr freuen, vor allem im Hinblick auf die vermutlich anstehenden weiteren Räumungen.

Da es ja auch wieder Festnahmen bzw. Anzeigen gegeben hat, gilt weiterhin: Falls ihr im Rahmen von Soliaktionen oder ähnlichem von Repression betroffen seid, meldet euch bei uns am besten per Mail (meuterei@riseup.net PGP Schlüssel ist auf der Website meuterei.tk). Wir werden für euch da sein, so wie ihr für uns. Solidarität ist und bleibt eine Waffe.

Abschließend wollen wir auch noch einmal betonen, dass unser Kampf nicht vorbei ist. Weder Nenadic wird uns los, noch werden wir uns zurückziehen. Unsere Räume wurden uns genommen, doch die Meuterei bleibt! Wir sehen uns auf der Straße!

[Euer Meuterei Kollektiv]

Eine Einführung in Linux

Diese neue Broschüre gibt einen Einblick in die Betriebssysteme Windows und Linux und zeigt Gründe für einen Umstieg auf. Wir erklären Schritt für Schritt, wie Linux auf einem Windows-PC installiert wird und erklären die wichtigsten Features von Linux. Die Broschüre kann hier heruntergeladen werden und kann frei vervielfältigt und geteilt werden.

[<https://klarakollektiv.noblogs.org>]



